S 25 BA 32/21

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Nordrhein-Westfalen
Sozialgericht	Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet	Betriebsprüfungen
Abteilung	8
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 25 BA 32/21
Datum	20.06.2022

2. Instanz

Aktenzeichen	L 8 BA 99/22 B
Datum	14.10.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Â

Die Beschwerde des KlÄgers gegen den Beschluss des Sozialgerichts Dortmund vom 20.06.2022 wird zurÄckgewiesen.

Â

Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht zu erstatten.

Â

Â

GrÄnde

Â

Die zulÄssige Beschwerde des KlÄgers gegen den Beschluss des Sozialgerichts Dortmund (SG) vom 20.06.2022 ist unbegrÄndet. Das SG hat den Antrag auf

Bewilligung von Prozesskostenhilfe (PKH) zu Recht abgelehnt.

Â

Nach [Â§ 73a Abs. 1 S. 1](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG) i.V.m. [Â§Â§ 114](#) ff. Zivilprozessordnung (ZPO) erhÃ¤lt ein Beteiligter, der nach seinen persÃ¶nlichen und wirtschaftlichen VerhÃ¤ltnissen die Kosten der ProzessfÃ¼hrung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann, auf Antrag Prozesskostenhilfe (PKH), wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint. Hinreichende Aussicht auf Erfolg setzt voraus, dass eine nicht nur entfernt liegende MÃ¶glichkeit des Obsiegens besteht (vgl. z.B. LSG NRW Beschl. v. 18.01.2021 â [L 18 R 690/20 PKH](#) â juris Rn. 2 m.w.N.; BVerfG Beschl. v. 30.10.2023 â [1 BvR 687/22](#) â juris Rn. 18 m.w.N.; BSG Beschl. v. 07.12.2023 â [B 4 AS 44/23 C](#) â juris Rn.Â 3).

Â

Die Klage bietet derzeit keine hinreichende Aussicht auf Erfolg. Der Bescheid der Beklagten vom 29.08.2019 in der Form des Widerspruchsbescheids vom 25.02.2021 ist nach dem aktenkundigen Sachstand nicht rechtswidrig, so dass der KlÃ¤ger nicht im Sinne von [Â§ 54 Abs. 1 S.Â 1 SGG](#) beschwert ist. Das SG hat den Antrag auf Bewilligung von PKH zutreffend abgelehnt. Zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat zunÃ¤chst auf die WÃ¼rdigung durch das SG Bezug.

Â

Das Beschwerdevorbringen des KlÃ¤gers rechtfertigt keine andere Beurteilung. Im Gegenteil hat er nunmehr â anders als noch in der KlagebegrÃ¼ndung vom 02.07.2021 â den Vorwurf der Anforderung von Schein- bzw. Abdeckrechnungen durch die H. fÃ¼r einzeln benannte Rechnungen ausdrÃ¼cklich eingerÃ¤umt.

Â

Soweit er im Ãbrigen daran festhÃ¤lt, hinter allen sonstigen Rechnungen habe eine Leistung gestanden, vermag sein (insoweit) wiederholendes Vorbringen das bisherige Beweisergebnis nicht hinreichend in Frage zu stellen.

Â

Eine weitere Sachverhaltsfeststellung durch das SG kann zwar nicht bereits allein wegen des vollumfÃ¤nglichen GestÃ¤ndnisses des KlÃ¤gers im Strafverfahren unterbleiben. Umgekehrt genÃ¼gt allerdings auch sein bloÃ¶es Bestreiten des im Verfahren gewonnenen Ermittlungsergebnisses nicht, um eine hinreichende Erfolgsaussicht der Klage zu begrÃ¼nden.

Â

Die gegenwÃ¤rtige Aktenlage spricht in hohem MaÃ gegen die im

Beschwerdeverfahren wiederholte klägerische Behauptung, die verbuchten Rechnungen seien – soweit nicht nunmehr als Abdeckrechnung eingebracht – leistungshinterlegt gewesen. Die die Rechnung stellenden Firmen (H. und B.) sind nach den Feststellungen des Hauptzollamtes Dortmund (HZA) im Schlussbericht vom 10.01.2018 als sogenannte „Servicefirmen“ tätig geworden, die in der Baubranche (Abdeck-)Rechnungen verkauft haben, ohne tatsächliche Leistungen zu erbringen. Die Richtigkeit dieser Feststellung wird u.a. durch die (entsprechende) Aussage des bei der H. seinerzeit tätigen I. untermauert. Dass (gleichwohl) ein Einsatz von (tatsächlichen) Subunternehmern gerade im klägerischen Betrieb stattgefunden hat, wie dies der Kläger behauptet, ist von den angeführten Zeugen wie z.B. den V., R. und O. gerade nicht bestätigt werden. Vor dem entscheidenden Hintergrund der umfangreichen Ermittlungen hätte es dem Kläger obliegen, seinerseits substantiiert und unter Beweisangeboten im Einzelnen darzulegen, dass und welche konkreten Leistungen im Rahmen der von ihm durchgeführten Bauprojekte (doch) von den genannten Firmen erbracht worden sein sollen.

Ä

Entsprechende konkrete Darlegungen mussten sich dem Kläger vor dem Hintergrund seines im Strafverfahren abgegebenen vollumfänglichen Eingeständnisses vorliegend in besonderem Maße aufdrängen. Räumt ein Arbeitgeber in einem anderen Verfahren als demjenigen um die sozialversicherungsrechtliche Beitragspflicht, so z.B. einem Verfahren vor den Finanzbehörden, dem Arbeitsgericht oder den Strafverfolgungsbehörden, Schwarzlohnzahlungen ausdrücklich ein, kommt dem eine Indizwirkung hinsichtlich des Inhalts der abgegebenen Erklärung zu, die nur durch geeigneten Tatsachenvortrag erschüttert werden kann. Diese Indizwirkung wird nicht bereits mit der pauschalen Behauptung, die Erklärung sei inhaltlich unzutreffend gewesen oder dem schlichten Bestreiten von Tat oder Tatumfang beseitigt (vgl. z.B. Senatsbeschl. v. 16.03.2020 – [L 8 BA 195/19 B ER](#) – juris Rn. 26; BFH Beschl. v. 30.07.2009 – [VIII B 214/07](#) – juris Rn. 12; BFH Beschl. v. 21.05.1999 – [VII B 37/99](#) – juris Rn. 2; LSG Niedersachsen-Bremen Urt. v. 01.03.2017 – [L 2 R 476/16](#) – juris Rn. 40 ff.).

Ä

Soweit der Kläger mit der Beschwerde im Äbrigen geltend macht, das Finanzgericht habe Rechnungen der E. aus der Besteuerung herausgenommen, kann die Richtigkeit dieser – von ihm nicht belegten – Behauptung vorliegend dahinstehen. Eine Bindung der Sozialgerichte an die juristische Beurteilung beitragsrechtlicher Sachverhalte durch die Behörden oder Gerichte anderer Bereiche besteht nicht (vgl. z.B. Senatsbeschl. v. 25.10.2021 – [L 8 BA 77/21 B ER](#) – juris Rn. 9 m.w.N.). Konkreter, hier ggf. zu wärdigender Vortrag dazu, auf welcher Tatsachengrundlage eine derartige Entscheidung des Finanzgerichts gefallen sein soll, ist nicht erfolgt.

Ä

Die Kostenentscheidung beruht auf [Â§ 73a Abs. 1 S. 1 SGG](#) i.V.m. [Â§ 127 Abs. 4 ZPO](#)

.

Â

Dieser Beschluss kann nicht mit derÂ BeschwerdeÂ zum Bundessozialgericht angefochten werden ([Â§ 177 SGG](#)).

Â

Erstellt am: 18.10.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024